

Es gilt, den Föderalismus krisenfester zu machen

Die Kantone fordern, dass für die Zusammenarbeit mit dem Bund in Krisen künftig ein schlankes und paritätisch zusammengesetztes Führungsgremium auf politischer Ebene eingesetzt wird.
Gastkommentar von Christian Rathgeb



Der Föderalismus vereint dezentrale und zentralistische Elemente. Karin Hofer / NZZ

Als staatliches und politisches Struktur- und Handlungsprinzip gehört der Föderalismus unbestritten zur DNA der Schweiz. Er darf deshalb aber nicht als unveränderliche Grösse missverstanden werden, sondern muss immer wieder neu gedacht und austariert werden. Die Covid-19-Pandemie hat in dieser Hinsicht eine lebhaftige Debatte ausgelöst, was als Voraussetzung für künftige Erneuerungen zu begrüssen ist.

Der Blick scheint sich jedoch verengt zu haben: Positiv erscheint oft nur mehr, was zentral und einheitlich geregelt ist. Unterschiede dagegen werden tendenziell negativ wahrgenommen. Übersehen wird dabei, dass der Föderalismus als Ideenlabor auch in der Krise funktioniert. So haben Kantone, aber auch Städte und Gemeinden mit innovativen Ansätzen wesentlich zur Krisenbewältigung beigetragen. Das gilt für sanitäre Massnahmen genauso wie für wirtschaftliche und soziale Abfederungsstrategien. Stellvertretend sei hier das Bündner Testregime erwähnt, das zum Vorbild für die spätere nationale Teststrategie wurde.

In der gegenwärtigen Föderalismusdebatte fallen zwei Punkte auf: Föderalismus wird gerne als möglichst dezentrales System begriffen, in dem der Bund und die Kantone quasi als Konkurrenten agieren. Diese polarisierende Sichtweise steht einer fruchtbaren Debatte im Weg. Föderalismus vereint per se dezentrale und zentralistische Elemente. Wenn es in einer Krise vorübergehend mehr Zentralismus braucht, ist das kein Widerspruch und mit dem Subsidiaritätsprinzip durchaus vereinbar.

Das Epidemien-gesetz hat dies antizipiert und es zu Beginn der Krise ermöglicht, rasch zu reagieren und einheitliche Massnahmen einzuführen. Es ist deshalb ein Irrtum, zu glauben, der Föderalismus oder die Kantone würden nationale Lösungen behindern oder verzögern. Im Gegenteil: Die Kantone haben sich in der Zusammenarbeit mit dem Bund ausserordentlich flexibel gezeigt und ihre politischen Entscheidungsprozesse wiederholt auf wenige Stunden oder Tage eingedampft.

Zweitens verdient mehr Beachtung, dass politisches Entscheiden in der Schweiz auf Konsens beruht. Das Konkordanzprinzip der Schweizer Demokratie lebt von der Einbindung aller politischen Kräfte. Die meist aus mehreren Parteien zusammengesetzten Koalitionsregierungen machen Vorschläge, es finden breite Vernehmlassungen statt, es wird in den Parlamenten kritisch diskutiert, zum Schluss werden oft Volksabstimmungen durchgeführt. Ein «Durchregieren» wie in anderen Ländern kennt die Schweiz nicht – weder im Bund noch in den Kantonen. Was im politischen Alltag ein Erfolgsmodell ist, kann in der Krise ein hemmender Faktor sein. Dies hat jedoch nichts mit unserem Föderalismus als gelebtem Strukturprinzip zu tun.

Vor diesem Hintergrund ist radikale Systemkritik nicht zielführend. Doch muss das föderale Krisenmanagement aufgearbeitet und wo nötig optimiert werden. Unser Föderalismus muss dynamischer und krisenfester werden. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat bereits im vergangenen Sommer eine Aufarbeitung des Krisenmanagements in Angriff genommen und im Dezember 2020 einen Zwischenbericht präsentiert. Einen allgemeinen Optimierungsbedarf sehen die Kantone bei den bestehenden Krisengremien. Konkret fordern sie, dass für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen künftig ein schlankes und paritätisch zusammengesetztes Führungsgremium auf politischer Ebene eingesetzt wird, damit die geteilte Verantwortung der Staatsebenen adäquat abgebildet wird. Dieses Gremium könnte eine kohärente Koordination sicherstellen,

regelmässig Lagebeurteilungen vornehmen (und zwar – was weitestgehend gefehlt hat – bereichsübergreifend und in Szenarien) sowie die Grundlagen für klare und rasche Entscheide von Bundesrat und Kantonsregierungen erarbeiten.

Kritiker monieren, dies würde zu neuen Verflechtungen von Aufgaben und Kompetenzen führen. Jedoch verstellt hier die Theorie den Blick auf die praktischen Erfordernisse. So wird ausgeblendet, dass die meisten Entscheide des Bundesrates auf kantonaler und teilweise gar lokaler Ebene umgesetzt werden müssen und dass die Kantone und Gemeinden komplementär in ihren Zuständigkeitsbereichen Entscheide treffen. Ein gemeinsames Gremium soll sicherstellen, dass die nationalen Entscheide auf kantonaler Ebene effektiv umsetzbar sind und nicht in Widerspruch stehen zu kantonalen Entscheiden. Ziel sind also vertikale und horizontale Kohärenz sowie Vollzugstauglichkeit im Krisenmanagement von Bund und Kantonen.

Wir sind gefordert, die Schweiz mit ihrer föderalen Struktur noch besser für zukünftige Krisen zu wappnen. Wir wollen die erforderlichen Lehren ziehen, Mängel beseitigen, Lücken schliessen und Prozesse verbessern. Angesichts der Bedeutung handlungsfähiger lokaler, regionaler und nationaler Strukturen für die Bewältigung von jetzigen und zukünftigen Herausforderungen ist es in unser aller Interesse, dass wir den Föderalismus gemeinsam und gezielt weiterentwickeln.

Christian Rathgeb ist Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und Regierungspräsident des Kantons Graubünden.